



Niederschrift

über die

**gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Umwelt,
Grün und Energie und des Park- und
Verkehrsausschusses**

am 12.05.2011

Anwesend

- Vorsitz

Wolfgang Reichel

- Mitglieder

Park- und Verkehrsausschuss:

Katrin Eder
Sabine Flegel (Urkundsperson)
Thomas Gerster
Ansgar Helm-Becker
Martin Kinzelbach
Walter Koppius
Gerhard Walter-Bornmann

Ausschuss für Umwelt, Grün und Energie:

Katrin Eder
Walter Koppius (Vertreter für Herrn Dietz)
Dr. Eckart Lensch
Prof. Dr. Michael Pietsch
Dr. Christine Pohl (Urkundsperson)
Herbert Schäfer
Dr. Brian Huck (Vertreter für Herrn Gröninger)

- Schrifführung

Andreas Fröder (67-Grünamt)

- Verwaltung

Günther Neuhaus (Dezernat V)
Jan Jahns (17-Umweltamt)
Peter Frommelt (17-Umweltamt)
Sascha Müller (61-Stadtplanungsamt)

Entschuldigt fehlen

- Mitglieder

Ausschuss für Umwelt, Grün und Energie:

David Dietz
Markus Gröninger

Tagesordnung

a) nicht öffentlich

1. Entscheidung über die öffentliche Behandlung des Punktes 2

b) öffentlich

2. Luftreinhalte- und Aktionsplan Mainz 2005 - 2010

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen ist und Einwendungen gegen die Tagesordnung bisher nicht erhoben wurden. Ergänzend stellt der Vorsitzende fest, dass die Beschlussfähigkeit in beiden Ausschüssen gegeben ist.

Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

nicht öffentlich

Punkt 1 **Entscheidung über die öffentliche Behandlung des Punktes 2**

Ausschuss für Umwelt, Grün und Energie:

Der Ausschuss für Umwelt, Grün und Energie beschließt einstimmig den Tagesordnungspunkt 2 öffentlich zu behandeln.

Park- und Verkehrsausschuss:

Der Park- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig den Tagesordnungspunkt 2 öffentlich zu behandeln.

öffentlich

Punkt 2 **Luftreinhalte- und Aktionsplan Mainz 2005 - 2010** **hier: Sachstandsbericht und Fortschreibung der Maßnahmen für die** **Jahre 2011-2015** **Vorlage: 0798/2011**

Der Vorsitzende erläutert, dass in der heutigen Sitzung die Kenntnisnahme der von der Stadt Mainz vorgesehenen Maßnahmen für die Fortschreibung des Luftreinhalteplans durch die beiden Fachausschüsse erfolgen solle. Umweltamt und die Verkehrsabteilung des Stadtplanungsamtes hätten ergänzend zu der den Ausschussmitgliedern bereits zugegangene Vorlage eine Powerpointpräsentation erarbeitet, die Herr Frommelt und Herr Müller vortragen werden.

Herr Frommelt beginnt zunächst mit der Vorstellung des Sachverhalts und des Zeitplans für die Fortschreibung des Luftreinhalteplans und des Fristverlängerungsantrages an die EU-Kommission. Die Beiträge der Stadt Mainz für diese Dokumente seien bis zum 03.06.2011 an das Landesamt für Umwelt, Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht (LUWG) zu senden, danach werden der Fristverlängerungsantrag und der Entwurf der Luftreinhalteplanfortschreibung bis spätestens 30.06.2011 über

das Umweltbundesamt dem Bundesumweltministerium vorgelegt, welche diese an die EU-Kommission bis 30.09.2011 weiterleiten müsse.

Im anschließenden Notifizierungsverfahren von maximal neun Monaten Dauer werde die Kommission bewerten, ob die vorgesehenen Maßnahmen eine Reduzierung der NO₂-Belastung bis zum Jahr 2015 innerhalb des vorgesehenen Grenzwertes herbeiführen können. Sei bis zum Ablauf dieser Frist keine Rückmeldung erfolgt, sei von der Akzeptanz des Fristverlängerungsantrages auszugehen.

Im weiteren Verlauf erläutern Herr Frommelt und Herr Müller die Maßnahmen, wie sie in der Vorlage enthalten sind, in zusammengefasster Form anhand der Powerpointpräsentation. Herr Frommelt fasst aus der letzten Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Grün und Energie nochmals die Ergebnisse des Gutachtens des Büros Lohmeyer zusammen und legt die Gründe dar, weshalb bis auf weiteres von der Einführung einer Umweltzone in Mainz abgesehen werden soll. Er schließt die Präsentation mit einem Fazit ab.

In diesem wird ausgesagt, dass der Schlüssel zur Senkung des Jahresmittelwertes von NO₂ in der Verringerung der Fahrzeugemissionen zu finden ist. Die zur Zielerreichung notwendige Einführung der Euro VI/6 Norm erfolgt erst ab 2013, dadurch sei der Grenzwert bis 2015 voraussichtlich nicht zu erreichen. Dieses Problem hätten viele Städte europaweit. Das bedeute, dass bis zur Erneuerung der Fahrzeugflotten weitere Maßnahmen flankierend ergriffen werden müssten, um die Belastung mit NO₂ zu reduzieren. Es habe sich gezeigt, dass nur ein Bündel von Einzelmaßnahmen Wirkung zeigen könne. Eine durchgreifende Änderung der Situation sei aber nur durch Maßnahmen an der Quelle zu erreichen.

Abschließend erfolgt der Hinweis, dass die quantitative und qualitative Bewertung der Wirksamkeit der durch die Stadt Mainz vorgesehenen Maßnahmen durch das LUWG im Rahmen der Luftreinhalteplan-Fortschreibung erfolgen werde.

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Herren Frommelt und Müller für die Berichterstattung.

Herr Helm-Becker (BÜNDNIS 90/Die Grünen) teilt mit, dass in der Präsentation von 8 Windenergieanlagen gesprochen wird, seiner Kenntnis nach es sich aber um 12 Anlagen handeln müsste.

Ergänzend fragt Herr Helm-Becker bzgl. des Dieselnetzes Süd-West nach, ob sichergestellt sei, dass potentielle Auftragnehmer auch verpflichtet seien neue Fahrzeuge anzuschaffen. Der Vorsitzende teilt daraufhin mit, dass durch den Zweckverband die Standards im Rahmen der Ausschreibung so vorgegeben wurden, dass die Anschaffung von neuen Fahrzeugen sichergestellt ist.

Herr Helm-Becker führt aus, dass die Präsentation und die damit verbundene Behandlung der Problematik sehr Messstellen-orientiert ausfallen. Herr Helm-Becker macht deutlich, dass es ihm um die Verbesserung der Luftqualität im gesamten Stadtgebiet geht. Ebenfalls fragt Herr Helm-Becker nach wie sich Änderungen im Bereich ÖPNV auf die Luftqualität im gesamten Stadtgebiet auswirken werden.

Insgesamt hält Herr Helm-Becker die Präsentation und die Ausarbeitungen der Verwaltung insbesondere im Hinblick auf das Verhältnis zwischen Kosten und Nutzen für zu unkonkret.

Der Vorsitzende teilt darauf hin mit, dass nur Werte der vorhandenen Messstationen mit in die Bewertung aufgenommen werden können. Die Luftverhältnisse an anderen Orten seien nicht bekannt, wobei davon auszugehen sei, dass die bisherigen Messstellen die Spitzenbelastungen im gesamten Stadtbereich wiedergeben. Demnach sei der Bericht auch konkret und ausreichend genug.

Herr Gerster (CDU) findet das vorgestellte Konzept gut, insbesondere im Verkehrsbereich. Er führt aus, dass die Umweltzone sehr einschneidend für die Bürger sei und im Rahmen der Verhältnismäßigkeit erst als eines der letzten Mittel umgesetzt werden soll, sofern dies dann überhaupt noch notwendig sei. Er führt aus, dass ein Überdenken des ÖPNV-Vorranges auch zu einer Verbesserung führen könnte, z.B. durch sinnvollerer Einholen des Vorranges. Herr Gerster hält eine Sperrung der Windmühlenstraße für LKW's für sinnvoll, auch aus Gründen der Sicherheit von Fußgängern und anderen Verkehrsteilnehmern.

Herr Koppius (FDP) führt aus, dass auch Wert auf die generelle Senkung des Energieverbrauches gelegt werden müsse um weitere Belastungen für die Umwelt auszuschließen. Holzverbrennungen sind nach seiner Ansicht auch ein Problem, dass zur aktuellen Luftbelastung beiträgt. Von dem neu angeschafften Verkehrsrechner verspricht sich Herr Koppius viel und bittet darum zu prüfen, welche wartenden Fahrzeuge die Luftqualität massiver beeinträchtigen – Kraftfahrzeuge oder Busse. Herr Koppius betont, dass die Umweltzone kein Lieblingskind der FDP sei und daher u.a. auch das Einsetzen von photokatalytischen Pflastersteinen in der Parcusstraße zu bevorzugen sei. Hinsichtlich dieses Projektes fragt Herr Koppius nach dem Kosten-Nutzen-Verhältnis. Der Vorsitzende führt hier zu aus, dass die Kosten relativ gering ausfallen können, wenn der Einbau im Rahmen eines Pilotprojektes erfolgt. In Erfurt sei z.B. eine Senkung der Schadstoffe um 20 % zu verzeichnen gewesen.

Herr Dr. Lensch (SPD) führt aus, dass die Zusammenstellung der Verwaltung die Fraktionen in Sachen Entscheidungsfindung nicht weitergebracht hat, da insbesondere keine Kosten beziffert seien. Er bittet darum die einzelnen Kosten zu beziffern und den Nutzen zu analysieren, sodass eine Entscheidung für oder gegen eine Umweltzone möglich ist. Herr Jahns führt hierzu aus, dass die Bewertung der einzelnen Maßnahmen hinsichtlich deren Nutzen durch das Landesamt für Umwelt, Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht (LUWG) erfolgt.

Die Bewertungen werden den Fraktionen, sofern diese vorliegen, zur Verfügung gestellt. Herr Müller führt nochmals hierzu aus, dass es teilweise schwierig sei die Kosten für einzelne Maßnahmen zu benennen, da es sich in einzelnen Fällen um Kosten von Dritten handele.

Frau Eder (BÜNDNIS 90/Die Grünen) teilt ebenfalls die Meinung, dass die Umweltzone nicht zwingend notwendig sei, sofern andere Maßnahmen den gewünschten Erfolg bringen. Wichtig sei das Gesamtpaket zur Verbesserung der Luftqualität im Stadtgebiet.

Herr Prof. Dr. Pietsch (CDU) erhofft sich von der kommenden Einführung der EURO-Norm VI eine wesentliche Verbesserung der Luftqualität, weist aber daraufhin dass insbesondere im Bereich Verkehr die vorgeschlagenen Maßnahmen, alleine schon aus Gründen der Fristverlängerung, einzuspeisen sind.

Herr Kinzelbach (SPD) bittet, ähnlich wie Herr Dr. Lensch, einige Maßnahmen mit Kosten zu beziffern, sodass eine Entscheidung möglich ist.

Zum Abschluss der Redebeiträge durch die Fraktionsmitglieder führt Herr Helm-Becker aus, dass die jetzigen Maßnahmen insbesondere zur Fristverlängerung ausgeführt werden müssen, generell aber auch weitere Maßnahmen zu ergreifen sind..

Der Vorsitzende führt abschließend aus, dass er die stadtnahen Gesellschaften um Benennung von Kosten und Kennzahlen bitten wird, sodass den Gremien bei kommenden Sitzungen eine Entscheidung möglich wird. Die Fraktionen werden diese Informationen zur Verfügung gestellt.

Der Ausschuss für Umwelt, Grün und Energie sowie der Park- und Verkehrsausschuss nehmen den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Ende der Sitzung: 18:15 Uhr

gez. Wolfgang Reichel
.....
Wolfgang Reichel
(Vorsitz)

gez. Andreas Fröder
.....
Andreas Fröder
(Schriftführung)

gez. Sabine Flegel
.....
Sabine Flegel

gez. Christine Pohl
.....
Dr. Christine Pohl

(Urkundsperson)

(Urkundsperson)